

http://www.mvregio.de/nachrichten_region/441105.html

Parlamentarischer Staatssekretär Hartmut Koschyk beim Hauptzollamt Stralsund

21.12.2010: Stralsund/GNN/MVregio Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hartmut Koschyk, besuchte am 20. Dezember 2010 das Hauptzollamt Stralsund.

In Begleitung des Leiters des Hauptzollamts Stralsund, Regierungsdirektor Thür, nahm der Staatssekretär am Vormittag an einem Einsatz der mobilen Kontrolleinheiten des Zolls auf der Insel Rügen teil (Kontrolleinheit Grenznaher Raum und Kontrolleinheit Prävention). Dabei bekam Koschyk vor Ort ein detailliertes Bild von den vielfältigen Aufgaben sowie der technischen Ausstattung der Zöllnerinnen und Zöllner.



Foto: Hauptzollamt Stralsund

"Die Zollverwaltung ist ein starker und verlässlicher Partner für die Wirtschaft sowie für die Bürgerinnen und Bürger. Der Leitsatz: "Der Zoll. Grenzenloser Einsatz für Deutschland" steht für eine engagierte Verwaltung, die mit ihren Kontrollen nicht nur Schmuggel, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bekämpft, sondern auch zum Erhalt und zur Stärkung der deutschen Innovationskräfte und damit zum Schutz der Arbeitsplätze beiträgt", hob der Staatssekretär hervor.

Insbesondere im Bereich der Schwarzarbeitsbekämpfung hält die Zollverwaltung den Verfolgungsdruck weiterhin hoch. Im Bezirk des Hauptzollamtes Stralsund überstieg die bis Oktober dieses Jahres bei rund 20.000 Kontrollen ermittelte Schadenssumme von 7,2 Mio. Euro bereits das Jahresergebnis 2009 (6,8 Mio. Euro).

Am Nachmittag lud Koschyk die am Einsatz beteiligten Zollbeamtinnen und Zollbeamten zu einer spontanen Weihnachtsfeier in das Hauptzollamt Stralsund ein und nahm sich ausgiebig Zeit für einen persönlichen Informationsaustausch mit den Bediensteten.

Abschließend bedankte sich der Parlamentarische Staatssekretär bei allen anwesenden Zollbeamtinnen und Zollbeamten für ihr Engagement sowie ihre Mitarbeit und wünschte ihnen und ihren Familien eine besinnliches Weihnachtsfest sowie ein gesundes, frohes und friedvolles Jahr 2011.

GNN-MVregio mv/hst

Quelle: Hauptzollamt Stralsund

Regional / Mecklenburg-Vorpommern

Staatssekretär: Zoll soll notfalls Polizei helfen

Veröffentlicht: 21 Dezember 2010 06:51

Verändert : 21 Dezember 2010 06:51

Stralsund (dpa/mv) - Der Zoll in Mecklenburg-Vorpommern sollte nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Hartmut Koschyk, in besonderen Gefahrensituationen Polizeiaufgaben wahrnehmen dürfen. Koschyk warb in einem dpa-Gespräch für eine «Eilzuständigkeit» des Zolls und begründete dies mit den positiven Erfahrungen in anderen Bundesländern. «Wenn Gefahr im Verzug ist, sollte der Zoll handeln dürfen.» Bisher dürfen Zollbeamte in Mecklenburg-Vorpommern, wenn sie beispielsweise bei einer Kontrolle einen erkennbar alkoholisierten Autofahrer antreffen, die Weiterfahrt nicht untersagen.

Ostseezeitung
(Ausgabe Mecklenburg-Vorpommern)
vom 22.12.2010

Finanz-Staatssekretär: Zoll soll bei Gefahr Polizeiaufgaben übernehmen

Hartmut Koschyk begründet „Eilzuständigkeit“ mit mehr Sicherheit.

Stralsund – Der Zoll in Mecklenburg-Vorpommern sollte nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Hartmut Koschyk, in besonderen Gefahrensituationen Polizeiaufgaben wahrnehmen dürfen. Koschyk warb für eine „Eilzuständigkeit“ des Zolls und begründete dies mit den positiven Erfahrungen in anderen Bundesländern. „Wenn Gefahr im Verzug ist, sollte der Zoll handeln dürfen“, sagte Koschyk. Bisher dürfen Zollbeamte im Nordosten, wenn sie beispielsweise bei einer Kontrolle einen erkennbar alkoholisierten Autofahrer antreffen, die Weiterfahrt nicht untersagen.

Koschyk betonte, dass sich in Bundesländern, in denen die „Eilzuständigkeit“ gestattet sei, das Sicherheitsempfinden deutlich erhöht habe. Er machte deutlich, dass der Bund nicht in Länderzuständigkeiten eingreifen wolle. „Es ist ein Werben gegenüber der Landesregierung für eine bundeseinheitliche Regelung.“ Bisher gibt es die Eilzuständigkeit in Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein.

Nach Einschätzung Koschyks wird der Zoll von einer möglichen Polizeireform nicht betroffen sein. Die Werthebach-Kommission habe keine Notwendigkeit und fach-

liche Begründung gesehen, über die Verlagerung des Zolls in die Bundespolizei nachzudenken. „Wir begrüßen das Ergebnis.“

Eine Kommission unter Leitung des früheren Verfassungsschutz-Präsidenten Eckart Werthebach hatte eine Zusammenlegung von Bundeskriminalamt und Bundespolizei unter dem Dach einer neuen Bundespolizei vorgeschlagen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) prüft dies und will im Frühjahr eine Grundsatzentscheidung treffen. Vor allem die Länder hatten Bedenken angemeldet. Sie fürchten, dass der Bund in ihre Kompetenzen eingreift.

Mehr Schwarzarbeit aufgedeckt

Stralsund (dpa/mv) - Die Beamten des Zolls haben in diesem Jahr mehr Schwarzarbeit in Mecklenburg-Vorpommern aufgedeckt als im Vorjahr. Die bis Oktober 2010 ermittelte Schadenssumme von 7,2 Millionen Euro habe bereits das Jahresergebnis 2009 von 6,8 Millionen Euro überstiegen, sagte der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums, Hartmut Koschyk, am Montag bei einem Besuch des Hauptzollamtes in Stralsund. Er führte den Anstieg auf den hohen Verfolgungsdruck durch die Behörden zurück. Allein bis Oktober wurden landesweit rund 20 000 Kontrollen durchgeführt.

Dienstag, 21. Dezember 2010
[OSTSEE-ZEITUNG.DE](http://www.ostsee-zeitung.de)

dpa vom 21.12.2010 06:47

Staatssekretär: Zoll soll notfalls Polizei helfen

Stralsund (dpa/mv) - Der Zoll in Mecklenburg-Vorpommern sollte nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Hartmut Koschyk, in besonderen Gefahrensituationen Polizeiaufgaben wahrnehmen dürfen. Koschyk warb in einem dpa-Gespräch für eine «Eilzuständigkeit» des Zolls und begründete dies mit den positiven Erfahrungen in anderen Bundesländern. «Wenn Gefahr im Verzug ist, sollte der Zoll handeln dürfen.»

Bisher dürfen Zollbeamte in Mecklenburg-Vorpommern, wenn sie beispielsweise bei einer Kontrolle einen erkennbar alkoholisierten Autofahrer antreffen, die Weiterfahrt nicht untersagen.

- [Das könnte Sie auch interessieren](#)

Meldung: [Mehr Schwarzarbeit aufgedeckt](#)

Dieser Beitrag wurde bisher 230 mal aufgerufen - zuletzt am 21.12.2010 um 11:19.